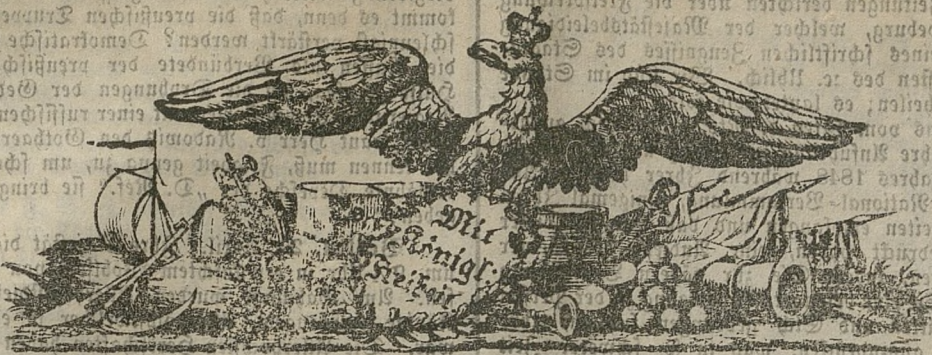


# Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung und Provinzial-Anzeiger erscheint täglich Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

(E. N.) Alle resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis pro Quartal

25 Silbergroschen,

In allen Provinzen

der Preussischen Monarchie

1 Thlr. 1/2 Sgr.

Expedition:

Krautmarkt No 1053.

Im Verlage von Herrn. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 99. Dienstag, den 30. April 1850.

## Deutschland.

Stettin. (Fortsetzung aus Nr. 96.) Wenn nun dieser Zwiespalt nur zwischen den beratenden und beschließenden Behörden bliebe und allein dort ausgekämpft würde, so dürfte die Gefahr für das Land nicht weiter in Betracht zu ziehen sein. Indes schon in dem Umstande, daß die durch Majoritäten dem Ministerium abgerungenen Gesetze, die in den Kammerparteien zum Theil mit allen Künsten der Beredsamkeit und der Coterie durchgebracht wurden, um als gültig in das Land auszugehen, wobei ganz gleich ist, ob sie dem Ganzen ersprießlich, ja nur einmal aus dem Staatsorganismus naturgemäß erwachsen sind oder nicht, schon in diesem Umstande liegt eine große Gefahr für das Volk.

Wo rohe Kräfte sinnlos walten, da kann sich kein Gebilde gestalten.

Dieser Zwiespalt beschränkt sich aber nicht auf Kammern und Ministerium, er geht vielmäßig auf das ganze Volk über. Vor dem Eintritt der constitutionellen Monarchie gab es Unzufriedene, Rasonneur, Uebelwollende im Lande, die entweder aus natürlichem Murrstau oder weil sie sich irgendwie durch die Bureaucratie beeinträchtigt oder zurückgesetzt glaubten, öffentlich oder in Privatkreisen ihre Stimmung verlaublichsten Parteien aber gab es in Preußen nicht. In eine offene Opposition sich wider die Regierung zu setzen, unterstützt von der Presse und einer Anzahl Gleichgesinnter gegen dieselbe zu conspiriren, wagte niemand; unloyal wollte Keiner erscheinen, für den Bestand des Thrones, für Aufrechterhaltung des Gesetzes und der Ordnung wollten Alle wie Ein Mann einstehen, Veränderungen der Gesetze und eine größere Freiheit wünschte man nur auf gesetzmäßigem Wege. In solcher Zeit konnte der König mit Zuversicht das Wort sprechen: Ich weiß, daß ich mein Haupt in den Schooß eines jeden meiner Unterthanen legen kann! Es gab keine politische Parteifarben, keine Volksversammlungen, keine constitutionellen und demokratischen Vereine. Die Rebellion warf die Fackel der Zwietracht mitten unter das Volk, aber die Constitution unterhält und schürt den Brand der Parteimeinungen; mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln bemüht sich jede Partei, ihre Ansicht, ihren Willen durchzusetzen; die Andersdenkenden, die ihren Wünschen im Wege stehen, feindet sie an, verdächtigt und verfolgt sie; je mehr die Leidenschaften sich steigern, je drohender die Verhältnisse sich gestalten, desto schrecklicher werden die Ausbrüche der Feindschaft und des Hasses sein. Es ist unmöglich, daß in der constitutionellen Monarchie je die Parteien zur Ruhe kommen, eine unheilvolle Aufregung wird fort und fort die Gemüther in Spannung erhalten; die Regierung wird immer die sogenannte Volkspartei zu fürchten, zu überwachern haben, diese Partei wird immer Mißtrauen gegen die Regierung hegen und ausbreiten, und in der Hoffnung, sich selbst an's Ruder des Staates zu bringen, Alles aufbieten, um ihren Zweck zu erreichen. Das schönste Kleinod des Volkes, der innere Friede, die heimatliche Ruhe ist vernichtet, und wenn auch scheinbar für den Augenblick die Stürme schweigen, sie werden über kurz oder lang doch von Neuem wieder losbrechen.

Die Finanzen haben sich in den constitutionellen Staaten nirgends verbessert, sondern überall verschlechtert. Man setzt für die Krone eine Civilliste fest, man setzt die Gehalte herunter, man hebt Steuern auf und probirt auf diese und jene Weise, und sieht sich bald genöthigt, andere und meistens höhere Steuern aususchreiben. Man spricht über den Aufwand der Regierung, man tadelt fast jede Unternehmung derselben, die Kosten verursacht, und legt durch die Kosten für die Kammerverhandlungen, die sich oft Tagelang im Wortstreit bewegen, dem Lande eine neue Last auf. Man erspart nichts, soviel man sich auch dessen rühmt; es werden sogar geheime Ausgaben der Regierung notwendig, die in einem Vertrauensvotum bewilligt werden, weil ohne geheime Unterstützungen keine constitutionelle Regierung bestehen kann.

Die Prinzipien sind in beständiger Bewegung, jedes neue Ministerium bringt andere Ansichten mit; ein jedes trachtet aber nur solche Beamten in seinem Ressort zu haben, die seine Ansichten theilen, seinen Willen ausführen; daher erfolgen Pensionirungen, Absetzungen und neue Ernennungen. Jedes Ministerium hat seine Anhänger, Freunde und Günstlinge, es ist natürlich, daß es diese bevorzugt, daß die Fähigkeit und die gerechten Ansprüche bei Besetzung der Stellen allein nicht mehr maßgebend und entscheidend sind, sondern die politische Parteiansicht und allerhand familiäre Verhältnisse. Bleiben andersgesinnte Männer in ihren Aemtern, so ist es klar, daß ihnen ihre Stellung mannigfach erschwert werden kann und sie vielleicht sich gezwungen sehen, freiwillig ein Amt aufzugeben, bei dessen Führung sie nicht mehr des Lebens froh werden können.

Dieser öftere Prinzipienwechsel, der immer seine Uebel im Gefolge hat, kann nur dem Ganzen nachtheilig sein und bringt außerdem das Volk in eine lebhaftere Bewegung; denn er macht immer neue Wahlen nöthig,

wobei die Parteien ihre Häupter erheben und es gewöhnlich nicht die Partei der Ordnung ist, welche die meiste Energie entwickelt, sondern die demokratische, welche alle Mienen springen läßt. Daß hierbei nicht immer sittliche Mittel angewandt werden, lehren alle constitutionellen Staaten, haben auch wir bis zum Ueberdruß schon genug erlebt. Nicht allein, daß dem Volke ein Arbeitstag verloren geht, es wird auch durch die Nothwendigkeit, sich nach Genüssen umzusehen und so machen denn Gelage und deren gewöhnliches Gefolge den Beschluß eines Wahltages. Je öfter aber ein solcher wiederkehrt, desto mehr Unlust zeigt sich dagegen; der Arbeitssame wird in der Regel seinen Verdienst seinem Wahlrecht vorziehen, und wenn nun dennoch die Partei der Ordnung siegt, werden die Gegner immer über Minoritätswahlen sich beschweren.

Ein Hauptbestreben der Umsturzpartei wird im constitutionellen Staate immer dahin gerichtet sein, der Presse die unbeschränkte Freiheit zu gewähren, um mit der größten Ungebundenheit über alle Maßregeln der Regierung herzufallen und durch Flugschriften und Maueranschläge die Begriffe zu verwirren, die Thatsachen zu entstellen und so die Unzufriedenheit zu vermehren.

Die Presse sät Keime in die Herzen des Volkes, die früher oder später zu seinem eigenen größten Nachtheil sich entwickeln; je mehr die Macht der Regierung sinkt, je mehr das Vertrauen zu derselben abnimmt, desto schlimmer für das Ganze; das Volk, das seine Regierung schwächt, wühlt in seinen eigenen Eingeweiden.

Und dies Alles um eines Schattens von constitutioneller Freiheit willen, um des Traumes willen von einem sogenannten Rechte mitzusprechen über die Angelegenheiten des Landes, wenn auch nicht selbst, so doch in einer Vertretung. Wie ist aber hier der Einzelne vertreten? Funftausend Seelen schicken ihre Wähler in den Wahlkampf; unter Tausen ist schon eine große Zahl, die nicht mitwählt; von deren Recht und Freiheit und Mitregieren ist also schon nicht die Rede. Die Wahltschlacht beginnt, die Majorität hat den Sieg, die Minorität hat das Nachsehen, ihre Meinung ist geknechtet, vernichtet. Es ist aber mehr als ein großes Vertrauen zu nennen, in eines Einzigen Hand und Mund die Vertretung von Vielen zu legen und der Meinung zu sein, man werde durch seinen Gewählten wirklich vertreten; es ist eine kaum anzunehmende Resignation, mündig zu sein, zu heißen und sich einen Vormund zu bestellen, dem man nicht seine ganze Gesinnung und Meinung aufzwingen kann, der in unserm Namen thun und reden kann, auch das Gegentheil von dem, was er in seinem politischen Glaubensbekenntnis versprochen hat, da er selbst nicht einmal für sich einstehen kann, indem er nicht weiß, wohin der Strom der Ereignisse geht und der Lauf der Debatten ihn treibt. Das heißen wir unsre constitutionelle Freiheit, das unsre Volksvertretung. Was kann aber der Einzelne, der uns vertreten soll, in der Kammer ausrichten? Allein stehend ist er eine Null. Er bildet sich entweder selbst eine Fraction oder schließt sich einer solchen an. In den Fractionen ist die Garküche, wo Alles bereitet wird, was in den Kammern zu Tische kommt. Hier wird raffiniert, agitiert, conspirirt und düpirt; beim Glase Bier und Wein und Cigarre wird hier die Verfassung gebütet; es kommt nur darauf an, Alle Handels eins zu machen; der gewandteste Dialektiker weiß die Fraction zu beschwägen, an seinem Seile zu ziehen, wobei Alles möglichst menschlich zugeht. Die Verfassung ist fertig, in der Tasche, die Debatte geht los; wieder dieselbe Menschlichkeit, es kommt zur Abstimmung, unser Abgeordneter giebt seinen Zettel ab, längst nicht mehr frei, längst an sein Fraktionsvotum gebunden; er stimmt, aber nicht mehr als der freie, denkende Mensch, sondern als Fraktions-Maschine. Das nennen wir Freiheit der Volkstretung, und so werden wir vertreten. Oft genug haben wir gesehen, daß den Einzelnen niemand anders vertreten kann, als er sich selbst. Aber was hilft's, er muß sich fügen, sich beugen unter den größten Tyrannen, unter den sogenannten Volkswillen, der durch die Kammer-Majorität zu Tage kommt. (Schluß folgt.)

Berlin, 27. April. Nach dem heutigen Militair-Blatt ist der General-Lieutenant von Reiber definitiv zum Chef des Generalstabes der Armee ernannt, der General-Major von Möllendorff als Commandeur der Garde-Infanterie bestätigt, der Oberst von Dankbahr, Chef vom Generalstabe des Garde-Corps, zum Commandeur der 3ten Landwehr-Brigade, der Hauptmann Kruse vom 38sten Infanterie-Regiment zum Major und Commandeur des 1sten Bataillons 30sten Landwehr-Regiments, der Rittmeister von Raven vom 4ten Ulanen-Regiment zum Major ernannt worden. Ferner ist dem Hauptmann von Ledebur vom Garde-Reserve-Infanterie- (Landwehr-) Regiment, als Major mit der Regiments-Uniform und Pension, dem Hauptmann Berggold vom 21sten Infanterie-Regiment, als Major mit der Regiments-Uniform mit den vorchriftsmäßigen Ab-

zeichen für Verabschiedete, Aussicht auf Civil-Versorgung und Pension, der Abschied bewilligt worden.

Dasselbe Blatt enthält die Allerhöchste Kabinetts-Ordre, betreffend das Eingehen des Gouvernements der Residenz Berlin.

Berlin, 27. April. Die Zeitungen berichten über die Freisprechung des Predigers Ulich in Magdeburg, welcher der Majestätsbeleidigung beschuldigt war und erwähnen eines schriftlichen Zeugnisses des Staats-Ministers von Ladenberg zu Gunsten des Ulich. Wir sind im Stande dieses Zeugniß vollständig mitzutheilen; es lautet wie folgt:

Auf Ihren, mittelst Schreibens vom 14ten d. Mts. gegen mich ausgesprochenen Wunsch, erkenne ich Ihre Anführung für richtig an, daß ich im Sommer und im Herbst des Jahres 1848 während Ihrer hiesigen Anwesenheit als Abgeordneter zur National-Versammlung, einigemal Ihren Besuch in amtlichen Angelegenheiten empfangen und daß Sie bei dieser Gelegenheit den Wunsch ausgedrückt haben, eine Audienz bei Seiner Majestät dem Könige zu erhalten, indem Sie zur nähern Begründung dieses Wunsches anführten, daß Sie eine besondere Hinnneigung zu der Person Seiner Majestät des Königs hätten und sich gedrungen fühlten, Ihre Anhänglichkeit Seiner Majestät auszudrücken, was in so schwerer Zeit Allerhöchstdenselben ein angenehmes Gefühl bereiten werde.

Ich kann nicht den mindesten Anstand finden, diese Thatsache zu bescheinigen; eine weitere Schlussfolge daraus zu ziehen steht mir indessen nicht zu.

Berlin, den 19. April 1850.

Der Minister der geistlichen u. Angelegenheiten.

(gez.) von Ladenberg.

An den Prediger der freien Gemeinde Herrn Ulich zu Magdeburg.

Berlin, 29. April. Einer der nach Kopenhagen entsendeten höchsten Vertrauensmänner, Syndikus Prehn, ist bereits wieder in Kiel eingetroffen, um weitere Instruktionen einzuholen. General Willisen hat eine Bekanntmachung erlassen, nach der nur deutsche Offiziere in der dortigen Armee Aussicht auf Anstellung haben.

Das dänische Kabinet scheint, wie der Br. Z. von hier geschrieben wird, keineswegs geneigt, die preussische Regierung aus den von der Waffenstillstands-Convention herzuleitenden Verpflichtungen zu entlassen. Dänemark will das Verhältnis zu den Herzogthümern definitiv durch einen Friedensschluß geregelt; so lange aber, bis dies bewerkstelligt ist, bis also noch die Bestimmungen des Waffenstillstands gelten, verlangt es auch von Preußen die strenge Durchführung desselben und macht die preussische Regierung selbst dafür verantwortlich.

Wenn wir jüngst in diesen Blättern mittheilten, daß die von der Statthalterchaft nach Kopenhagen gesandte Deputation, wie freundlich sie auch daselbst empfangen werde, das erwünschte Ziel wohl nicht erreichen möchte, so bestätigt sich dies schon jetzt im vollsten Maße, und zwar einestheils dadurch, daß die Deputation nicht auf offizielle Weise, sondern nur unter der Hand, privatim, empfangen worden, und andertheils durch die, wie man uns berichtet, bereits ausgesprochene Weigerung der dänischen Regierung, auf die von Preußen in seinem Ultimatum gemachten Vorschläge einzugehen. Bekanntlich lauteten die Vorschläge Preußens auf einen Friedensabschluss zwischen Deutschland und Dänemark, wobei die beiderseitigen Rechte in Betreff der Herzogthümer in einem besonderen Artikel ausdrücklich gewahrt werden und für die Rechte Deutschlands die im Herbst 1846 von der Bundesversammlung gefaßten Beschlüsse als Norm dienen sollten. Dänemark soll nun, wie man uns berichtet, diese Angelegenheit einem neuen Provisorium nicht mehr übergeben, vielmehr dieselbe endlich zu einem definitiven Abschlusse gebracht wissen wollen und deshalb an das diesseitige Kabinet das Ansuchen gestellt haben, für den Fall, daß die Herzogthümer auf eigene Faust handeln und den Bestimmungen des Waffenstillstandes zuwider verfahren sollten, den Waffenstillstand durch preussische Truppenmacht aufrecht zu erhalten. Wir glauben, daß das dänische Gouvernment die der Waffenstillstands-Acte hinzugefügten geheimen Artikel eben so gut kennt, als wir. Preußen möchte wohl eingesehen haben, daß die Durchführung des Waffenstillstandes in den Herzogthümern auf bedeutende Schwierigkeiten stoßen würde, und darum würde in dem Art. 4. jener geheimen Bestimmungen, wenn wir gut unterrichtet sind, ausdrücklich festgesetzt, daß Preußen, im Fall die Herzogthümer den Bestimmungen des Waffenstillstandes zuwider handeln würden, den Waffenstillstand nicht mit Gewalt durchzuführen, sondern nur seine Truppen bis hinter die Eider zurückziehen hätte. Schließlich wiederholen wir die Eingangs ausgesprochene Ansicht, daß die Deputation wahrscheinlich unrichtiger Dinge wieder zurückkehren dürfte. Auch hören wir, daß, für den Fall beide Theile die zwischen ihnen schwebende Streitfrage allein ausfechten, die vielbesprochene russische Einmischung in diese Angelegenheit wohl auf sich beruhen dürfe.

Vor einigen Tagen hat die „Deutsche Reform“ sich telegraphisch berichten lassen von bedeutlichen Bewegungen unter den russischen Truppen in Polen und von einer Zusammenziehung derselben bei Lenczyk; heute kommt auch die „Constitutionelle Correspondenz“ auf die Andeutung östlicher Kriegs-Gefahren. Sie spricht nicht nur von Gerüchten, nach welchen nicht nur österreichische Truppen an der böhmisch-sächsischen Grenze aufgestellt würden, sondern bestätigt auch, daß der K. K. Feldzeugmeister Baron Heß den ganzen Grenzstrich von Ober-Schlesien bis nach Böhmisches Friedland hin einer „strategischen Inspektion wegen“ bereist habe. Ferner streiche man gerüchtesweise von Einlegung österreichischen Militärs nach Brauman, Náchod und Holiß, dicht an der preussischen Grenze, und davon, daß seit vierzehn Tagen (?) ziemlich bedeutende Truppenmassen von Wiesenthal bis zur sächsischen Grenze hinter Reichenberg in der Art cantonnirt seien, daß in jedem Dorfe  $\frac{1}{2}$  bis 1 Compagnie, in größeren Ortschaften 2 bis 3 Compagnien aufgestellt seien. Auch im Innern von Böhmen dauern die Rüstungen ununterbrochen fort. In Droppau und Jägerndorf sei eine bedeutende Zahl von Geschützen eingetroffen, und neue Truppencorps seien angesagt. Was die russischen Truppenanhäufungen an der preussisch-polnischen Grenze anbetrifft, so sollen in der Linie von Czestochau bis Lenczyk und Kalisch angeblich gegen 180,000 Mann kriegsfertig ausgerüstet stehen und seit einigen Tagen diese Truppen Befehl erhalten haben, sich bei Lenczyk zu concentriren und von Czestochau dahin in Bewegung sein. Nach zuverlässigen Angaben solle dagegen die Zahl der von Kalisch bei Krakau stationirten Truppen, abgerechnet die Besatzungen von Warschau und den Weichsel-Festungen, während des Winters höchstens 30- bis 40,000 Mann betragen haben und erst jetzt durch neue

Truppen aus dem Innern verstärkt worden sein. Dadurch, daß diese Gerüchte und Nachrichten so von anerkannt halb-offiziellen Organen mitgetheilt werden, erhalten sie eine besondere Bedeutung. Was beabsichtigt die Regierung mit diesen Mittheilungen? Man sagt sich: erwartet die Regierung wirklich einen Angriff der beiden östlichen Großmächte, wie kommt es denn, daß die preussischen Truppen an der bedrohten Grenze nicht schnellig verstärkt werden? Demokratische Blätter fragen schon: „Kommen die Russen als Verbündete der preussischen Regierung, Verbündete, zu Hilfe gerufen, um die Drohungen der Gedenblätter, die Drohungen der Regierungs-Commissarien mit einer russischen Intervention wahr zu machen? Oder traut Herr v. Radowiz den Gothaern, die er freilich von Frankfurt her kennen muß, Feigheit genug zu, um schon auf eine Nachricht, wie die erwähnte Depesche der „D. Ref.“ sie bringt, ihre jetzige Haltung aufzugeben?“ (R. Z.)

Berlin, 29. April. Ihre Majestät die Königin sind vorgestern Abend um 9 $\frac{1}{2}$  Uhr in erwünschtem Wohlbefinden von Dresden hier wieder eingetroffen. Am Bahnhofe wurden Allerhöchstdieselben von Sr. Majestät dem Könige empfangen, Allerhöchstdieselben so eben von Potsdam eingetroffen war. Die Allerhöchsten Herrschaften haben sich hierauf sofort nach Charlottenburg begeben.

J. W. der König und die Königin wohnen in Begleitung der königl. Familie und des Hofes der gefrigen Vorstellung des Propheten von Anfang bis zu Ende bei. Der König applaudirte wiederholt beim Hervorruf des Componisten. Das Haus war mit einem Publikum gefüllt, unter dem wir die meisten Notabilitäten aller Sphären bemerkten. Die Vorstellung selbst war schon um 10 Uhr vorbei.

In der Leipziger Zeitung wird der Nachricht, daß die Schweiz mit Preußen wegen eines Anschlusses an den Zollverein in Unterhandlung stehe aus zuverlässiger Quelle widersprochen.

Erfurt, 28. April. Wir erfahren aus sicherer Quelle, daß der Verwaltungsrath in Berücksichtigung der einer Vertagung des Parlaments auf unbestimmte Zeit entgegenstehenden formellen Bedenken, sich nicht für diese, sondern für den Schluß der gegenwärtigen Session entschieden hat. Es wurde jedoch keineswegs das Mandat der Abgeordneten als hiermit erloschen angesehen, vielmehr soll das Parlament aufs Neue einberufen werden, sobald die Verhandlungen der verbündeten Regierungen zum Abschlusse gediehen sind. Man hält für wahrscheinlich, daß in dieser Beziehung in nicht zu langer Frist ein Resultat erreicht werden wird. Unentschieden muß vorläufig bleiben, ob in der Zwischenzeit auch die Unterhandlungen mit Oesterreich und den übrigen der Union nicht beigetretenen Regierungen über die Gestaltung des weiteren Bundes zum Ziele führen werden. Das Parlament würde in diesem Falle für die nächste Session einige weitere Vorlagen zu erwarten haben, um die Verhältnisse zwischen den beiden Bundeskörpern definitiv zu regeln. Der Schluß wird schon in den nächsten Tagen erfolgen, da nur noch ein sehr geringer Stoff zu erledigen bleibt. (E. B.)

Breslau, 25. April. Unter dem Namen des „National-Vereins“ lebt hier noch ein schlimmer Nachschößling einer durch die November-Reaction geknickten Märzerrungenschaft, der demokratische Frauenverein. Derselbe wagte sich im Laufe des Jahres 1849 einige Male durch breite und pompöse Aufzüge in die Öffentlichkeit; weiterhin, namentlich seit die Polizei sich allmählig wieder in ihre Rechte und Pflichten eingefetzt sieht, hat er sich in die ihm gebührende Dunkelheit zurückgezogen und begnügt sich, durch Zusendung von Loosen für gewisse Auspielungen Familien, deren Wohlthätigkeitsstimm im Ruhe steht, zu bezirieren. Seine sittliche Basis ist das Nonethum, dem wenigstens die Leiter angehören. Die offensichtliche Bestimmung ist dem schwächeren Geschlecht, so lange dasselbe noch unter dem Joche der Nichtemanzipation seufzt, durch Zuwendung von Arbeit und anderweltige Unterstützung unter die Arme zu greifen. Den wahren Zweck werden wir verständlich genug andeuten, wenn wir sagen, daß er sich in einer den Magdalenenlisten gerade entgegengesetzten Wirksamkeit entfaltet. Ansprüche von Extraneeen auf Arbeitsverleihung, die bei dem erwähnten Ausschüßelbe nicht ausbleiben können, weiß man durch eine sehr einfache Auskunft abzuhalten. Man gewährt solchen Wittellern gerade die Hälfte des herkömmlichen Arbeitslohnes. (N. P. Z.)

Köln, 22. April. Der ehemalige Detonomie-Inspector Herrmann Verfohn aus Königsberg in Preußen, der in der Palz unter Ansele eine halbe Batterie kommandirte, und zu 15 Jahr Festungsarbeit verurtheilt war, ist mit noch einem 2ten Militairsträfling heute früh entsprungen. Wie man hört, gelang es ihnen, den in demselben Augenblick abfahrenden Aachener Bahnzug zu erreichen. (Westf. Z.)

Erfurt, 25. April. In dem Prozeß der Mai-Angeklagten wurde heut mit Vernehmung der Angeklagten begonnen. Der erste derselben war Otto v. Mirbach.

Hannover, 25. April. Am Ende der heutigen Sitzung der zweiten Kammer nahm Schabradt Lang das Wort: Er habe eine Frage zu stellen, wenn auch mit Widerwillen, eine Frage über das Interim. Es heißt in der Bekanntmachung über dasselbe: es bestehe bis zum 1. Mai 1850. Im §. 4. heißt es, daß dann durch Uebereinkunft unter den deutschen Staaten etwas Neues zu schaffen sei. Ist diese Uebereinkunft getroffen? Hat man Aussicht, daß eine Central-Gewalt geschaffen werde, daß nicht Deutschland der Macht des Stärkeren verfallt. Wir haben unlängst eine sehr umfassende Mittheilung erhalten, sie hat Besorgniß erregt, namentlich in Bezug auf Preußen und seine Verbündeten; haben Preußen und seine Verbündeten sich bei dem Rücktritt Hannovers beruhigt, oder ist die Frage an das Erfurter Schiedsgericht verwiesen? Stupe erwiderte, es sei schwer, auf diese Fragen zu antworten; über die Lage der hannoverschen Regierung sei nichts officiel mitgetheilt. Vor längerer Zeit sind von Oesterreich Anträge über die Central-Gewalt an Preußen gemacht. So viel ich weiß, ist keine Erklärung auf den österreichischen Vorschlag gegeben, er aber auch nicht abgelehnt. Die hannoversche Regierung hat darauf gedrungen, daß die Central-Gewalt geordnet werde; sie werde aber nicht zustimmen, daß zwei Mächte sie allein haben.

Hannover, 27. April. Das hiesige offizielle Blatt theilt mit: Sicherem Vernehmen nach ist heute dem Gesamt-Ministerium ein mit dem Siegel des Bundes-Schiedsgerichts zu Erfurt verschlossenes Paquet auf der Post überhandt worden. Die Annahme der Sendung ist indess verweigert.

**Odenburg, 28. April.** Das Ministerium hat dem Landtage in Folge der neuen Interpellation des Abg. Riz und des letzten Antrages in der deutschen Frage heute ein Schreiben über die Stellung Odenburgs zu dem Berliner Bündnisse zugehen lassen. Die Regierung erklärt darin, daß sie mit ihrer früheren Antwort auf den Beschluß des Landtages in dieser Frage sich weder dem Bündnisse habe entzogen, noch die Stellung des Landtages zu der Frage alteriren wollen. Odenburg habe nur gegen alle etwaigen nachtheiligen Folgen geschützt werden sollen. Da aber das Bündnißwerk noch so wenig festgesetzt sei, müsse es bei der damals eingenommenen Stellung vorläufig sein Bewenden haben, und die Regierung könne nicht auf Anträge eingehen, die ihr die Art und Weise vorzeichnen, wie sie zu verfahren habe oder die Vorlage von Brieffschaften.

**Dresden, 27. April.** Die F. S. J. schreibt: Wir vernehmen, daß Ihre Majestäten der König und die Königin beabsichtigen, im Laufe des Mai den königl. Hof in Berlin zu besuchen.

**Hannau, 27. April.** Das große Drama ist zu Ende. Nach sechsfündiger Berathung haben gestern die Geschworenen ihr Verdikt abgegeben und heute Mittag hat der Gerichtshof sein Urtheil gesprochen. Ich werde versuchen, Ihnen die Resultate kurz und übersichtlich zusammenzufassen.

Der Tumult in Bockenheim hat keine Folge gehabt. Die Geschworenen haben die Excesse freilich konstatiert gefunden, nicht aber die Betheiligung der Angeklagten. Das Gericht hat demnach die Freisprechung verurtheilt.

Die Ermordung der Abgeordneten Lichnowsky und Auerwald betreffend, so haben die Geschworenen zuvörderst einstimmig das Verbrechen der Tödtung angenommen. Die Betheiligung der einzelnen Angeklagten angehend, so haben sie entschieden, daß Georg bei der Auffuchung, nicht bei der Herausführung Auerwalds sich betheiligt, daß er dabei freilich nicht die bestimmte Absicht, zur Tödtung mitzuwirken, gehabt, wohl aber eine dergestalt unbestimmte, daß er die Möglichkeit einer bevorstehenden Tödtung einsah und diese ihm eintretenden Falles recht war, daß er bei dieser Thätigkeit nicht mit Ueberlegung gehandelt, daß er sich aber mit den übrigen Thätern im gegenseitig bewußten Einverständnis, Auerwald zu tödten, befunden; daß er sodann an der Auffuchung und gewaltsamen Ergreifung Lichnowsky's Theil genommen, ebenso an seiner Fortführung nach der Stelle, wo er erschossen worden, und zwar dies Alles in der bestimmten Absicht, zu seiner Tödtung mitzuwirken, daß er indeß keinen Schuß auf Lichnowsky abgefeuert, daß er übrigens bei aller dieser Thätigkeit nicht mit Ueberlegung gehandelt, wohl aber sich mit den übrigen Thätern im gegenseitig bewußten Einverständnis, Lichnowsky zu tödten, befunden. Ueber den Angeklagten Ludwig haben sie entschieden, daß er bei der Auffuchung der beiden Abgeordneten sich betheiligt, und zwar in der Absicht, zu ihrer Tödtung mitzuwirken, daß er aber auf Auerwald nicht geschossen, daß er bei seiner ganzen Thätigkeit gegen Auerwald nicht mit Ueberlegung gehandelt, wohl aber sich mit den übrigen Thätern im gegenseitig bewußten Einverständnis, ihn zu tödten, befunden; daß er sich an der Fortführung Lichnowsky's nach der Stelle, wo dieser erschossen worden, betheiligt, daß er dabei die bestimmte Absicht gehabt, zu seiner Tödtung mitzuwirken, daß er in der Absicht den Füssen zu tödten, auf ihn geschossen, daß er aber nicht die tödtliche Wunde beigebracht, daß er übrigens mit Ueberlegung sowohl als im Komplott gehandelt. Sodann über den Angeklagten Pflug, daß er sich an der Auffuchung der Abgeordneten betheiligt, ebenso an der Herausführung Auerwalds nach der Stelle, wo er erschossen worden und zwar in der Absicht, zu der Tödtung mitzuwirken, doch nur in der unbestimmten Absicht, daß er die Möglichkeit einer bevorstehenden Tödtung einsah und diese eintretenden Falles ihm recht war, daß er bei seiner Thätigkeit nicht mit Ueberlegung, aber im Komplott gehandelt; daß er sich bei der Fortführung Lichnowsky's nicht betheiligt, auch nicht, nachdem derselbe den tödtlichen Schuß erhalten, nochmals auf ihn geschossen; daß er übrigens bei dieser seiner Thätigkeit weder mit Ueberlegung noch im Komplott gehandelt. Weiter über den Angeklagten Körber, daß er sich an der Auffuchung der Abgeordneten betheiligt, aber nicht im gegenseitig bewußten Einverständnis mit den andern Suchenden, daß er während der Auffuchung Lichnowsky's Wache gehalten, aber ohne sich bewußt zu sein, daß es dabei auf Lichnowsky's Tödtung abgesehen und auf Geheiß eines Dritten, in einem seine freie Willensbestimmung anschließenden Zustande von Furcht, so wie daß er bei allen diesen Vorgängen in einem Grade betrunken gewesen, daß er des Gebrauches seiner Vernunft nicht völlig mächtig war. Endlich über den Angeklagten Dietrich, daß er sich an der Auffuchung der Abgeordneten betheiligt und zwar im gegenseitig bewußten Einverständnis mit anderen Eindringenden, daß derselbe aber nicht Auerwald beim Herausführen mit der Fahne geschlagen, auch nicht bei der Fortführung Lichnowsky's vor diesem her die Fahne getragen und bei seiner ganzen Thätigkeit nicht das Bewußtsein gehabt, daß es auf die Tödtung der Gesuchten abgesehen sei, auch in einem solchen Grade betrunken gewesen, daß er des Gebrauches der Vernunft nicht völlig mächtig war. Einstimmig entschieden außerdem die Geschworenen für sämtliche Angeklagte, daß dieselben in Folge der damaligen Zeitverhältnisse bei Verübung der That in einem ihr Rechtsbewußtsein trübenden Zustande sich befunden hätten.

Das Urtheil des Gerichtshofes ist bei weitem härter ausgefallen, als die Anträge des Staatsanwalts. Sie lauteten gegen Georg auf 12 jähriger Eisenstrafe, das Gericht erkannte 20jährige Eisenstrafe 2ter Klasse; gegen Ludwig auf 22jähriger Eisenstrafe, das Gericht erkannte lebenslängliche Eisenstrafe 1ter Klasse, gegen Pflug auf 6 Jahre Zuchthausstrafe, das Gericht erkannte 5 1/2 jähriger Eisenstrafe; gegen Körber auf 3monatliche Gefängnißstrafe, das Gericht erkannte 6monatliche Zuchthausstrafe; gegen Dietrich auf 3monatliche Gefängnißstrafe, das Gericht erkannte auf 1 Jahr Zuchthausstrafe.

Alle Angeklagten vernahmen, wenn auch sichtlich aufgeregt, schweigend ihr Urtheil. Nur Ludwig rief: „Herr Präsident! lassen Sie mich lieber niedererschießen, als in ewige Knechtschaft drängen!“

**Rom Main, 24. April.** So eben erfahren wir, daß man in Wiesbaden die öffentlichen Hazardspiele wieder gestattet hat. (Fr. Z.)

**Mainz, 22. April.** Frau Zitz hat gestern ein Concert zum Besten der Familie Kinkel und der Wittve des erschossenen Streuber gegeben. Die Concertgeberin hatte es selbst übernommen, die Honneurs zu machen und in einer großen Eröffnungsrede gegen die „Nachthaber“ zu wüthen, die „unsere edlen Märtyrer standrechteten oder zum Wollspulen verurtheilten.“

Die Mainzer Zeitung beklagt sich über die geringe Betheiligung, welche das Concert gefunden hat.

**Bremen, 25. April.** Die Bürgerschaft hat heut über die deutsche Frage Beschluß gefaßt und einen Antrag Brands angenommen, welcher schließlic laute:

„Die Bürgerschaft hält dafür, daß eingegangene Verträge mit andern Staaten nicht von einer Handelsrepublik wie Bremen, sondern von jedem Staate getren erfüllt werden müssen, hält sich aber durchaus nicht mehr an Verträge gebunden, sobald nur einer derjenigen Staaten, mit welchen diese Verträge abgeschlossen sind, gänzlich davon zurücktritt; sie will aber hiermit nicht ausgesprochen haben, daß der Austritt Hannovers aus dem Bündnisse nicht gerechtfertigt sei; und kann sich hierüber überhaupt kein bestimmtes Urtheil erlauben, so lange der Senat ihrem Gesuche um Mittheilung aller aus das Bündniß vom 26. Mai bezüglichen Aktenstücke noch nicht nachgekommen ist. Schließlic muß sich die Bürgerschaft noch dahin erklären, daß wenn, wie es hier der Fall ist, durch den definitiven Austritt Hannovers aus dem Bündnisse oder wegen der Nichtbetheiligung anderer deutscher Staaten an demselben, Abänderungen in dem Verfassungs-Entwürfe vorgenommen worden sind, was durch die beschlossene Zusatzart und die Genehmigung der oldenburgisch-hanseatischen Vorbehalte geschieht, unserer Verfassung nach, diese Abänderungen von der Bürgerschaft genehmigt werden müssen.“ (B. Z.)

**Kiel, 28. April.** Gestern Abend traf Syndikus Prehn, einer der drei Vertrauensmänner, von Kopenhagen hier ein. Man vernimmt, daß derselbe der Ueberbringer der Nachricht ist, auf welche Weise und unter welchen Bedingungen man in Kopenhagen eine Unterhandlung anzunehmen gesonnen ist. Es wird wohl im Laufe des heutigen Tages oder spätestens morgen eine Konferenz der Statthaltertschaft mit dem Staatsrathe stattfinden, worin in näheren Instruktionen für die Vertrauensmänner berathen und festgestellt werden sollen, worauf Herr Prehn sich sodann wieder auf seinen Posten nach Kopenhagen begiebt. (D. R.)

### Österreich.

**Wien, 25. April.** Vor einigen Tagen meldeten hiesige Blätter, daß in sämtlichen Wiener Buchhandlungen nach Büchern rationalistischen Inhalts gefahndet wurde, und daß auch mehrere wirklich confiscirt worden sind. Es ist dies das erste Beispiel seit der Revolution, daß man sich nicht damit begnügt, ein einzelnes Werk mit Beschlag zu belegen, sondern eine ganze Reihe von Büchern en bloc zu verfolgen.

Das „Const. Bl. aus Böhmen“ schreibt aus:

**Prag, 24. April.** Aus glaubwürdiger Quelle vernehmen wir, daß heute in einer Sitzung des Consistoriums die Excommunication des Dr. Augustin Smetana beschloffen und die Excommunications-Urkunde abgefaßt wurde. Letztere soll in allen Kronländern der Monarchie von der Kanzel herab verkündigt werden.

**Wien, 26. April.** Die Aufregung hinsichtlich der kirchlichen Verordnungen ist hier eher im Zu- als Abnehmen. Gleichwie die Dmürzer „Neue Zeit“ es ausdrückt, sieht man die Maßregel auch im Volke an, nämlich: „als einen großen Schritt hinter die josephinische Zeit.“ Schwerlich ist die Tragweite desselben im Cabinet recht bemessen worden, und sind wir recht unterrichtet, so hat man geglaubt, von dem Kaiserate des Cultusministers nicht abweichen zu sollen. Demnach will man wissen, daß eine volle Einstimmigkeit über die Opportunität der Maßregel keineswegs vorgewaltet habe.

Unglaublich ist der Differentismus hinsichtlich der Gemeindevahlen. Bis gestern Abend waren aus der innern Stadt nicht mehr als 30, aus der mehr als 45,000 Bewohner zählenden Vorstadt Wieden nur 60 Wähler eingeschrieben.

**Wien, 27. April.** Das Ministerium des Innern hat eröffnet, daß die Stenographie als freier Lehrgegenstand auch an den Gymnasien gelehrt werden und die Fortgangsklasse aus diesem Gegenstande in das Studienzeugniß aufgenommen werden kann.

Im Wanderer liest man: „In Folge der geschlossenen Untersuchung über die im Jahre 1848 stattgehabte empörende Judenplünderung unflügeln Andenens in Neustadt an der Waag und um Szereb werden nun die dabei Betheiligten im Executionswege zum Schadenersatz verhalten. Es giebt Dittschaften, die über 10,000 Fl. zahlen müssen. Die Execution begann dieser Tage und wird so lange fortgesetzt, bis der Schaden gedeckt ist. Bei dieser Execution leistet die vortreffliche Haltung der Gendarmerie besonders gute Dienste, ohne sie würden sich weder neue Excesse unter dem Landvolke ergeben, das nicht recht begreifen will, wie man die Schuld der damaligen Zeiten Einzelnen anrechnen könne. Das Landvolk bedarf noch allenthalben der wahren Aufklärung.“

**Wien, Sonntag, 28. April, Nachmittags 2 Uhr.** Die heutige Wiener Zeitung bringt einen Zwischen Preußen und Oesterreich zu Berlin geschlossenen Vertrag, wodurch ein deutsch-österreichischer Postverein auf die Dauer von 10 Jahren — 1. Juli 1850 bis ultimo Dezember 1860 — ins Leben eingeführt wird. Die zwischen Oesterreich und Preußen fünfzigjährigen bestehenden Postverträge betragen unter 10 Meilen 1, von 10 bis 20 Meilen 2, und über 20 Meilen 3 Sgr. Das Frankatur-System soll allmählig zur allgemeinen Geltung gebracht werden. (N. P. Z.)

### Niederlande.

**Haag, 24. April.** Dr. Gusslaff, der sich gegenwärtig in der Niederlanden aufhält, soll an das Museum in Leyden das Original eines Ediktes geschenkt haben, welches der Kaiser von China kurz vor S's Abgang von dort ausgestellt hat und worin die Verkündigung des Christenthums in China für frei erklärt wird.

### Frankreich.

**Paris, 27. April.** Gesetzgebende Versammlung. Sitzung vom 25ten April. Den Vorschlag Dupin. Der Minister der öffentlichen Arbeiten verlangt einen Kredit von 20,000 Fr. für Betriebskosten der Bordeaux-Leste-Eisenbahn. Fortsetzung der Budget-Debatte. Kap. 7. Gesäthe, 1,556,000 Fr. Lauffat verlangt eine Reduktion von 700,000 Fr. in diesem Kapitel und eine Vermehrung von 200,000 Fr. auf das folgende Kapitel: Aufmunterung der Privat-Industrie, welche allein dem Lande genü-

gen könne. D'Havrincourt spricht für den Kommissions-Antrag. Bochet verteidigt den Kommissions-Antrag. Lauffat's Amendement wird verworfen. Kap. 8. Ermunterung der Privat-Industrie, 1,200,000 Fr. Le Vaulier spricht lange über Pferderennen. Batiementil bringt den Bericht der Kommission über Hypothekar-Reform ein. Gasc verliest den Kommissionsbericht über die Kreditforderung von 150,000 Fr. zur Unterstützung der Familien der bei Ungers Verunglückten. Die Kommission ist dafür und verlangt die Dringlichkeit. Nur verlangt sie, daß Witwen und Kinder zuerst berücksichtigt werden, dann aber die Weibe an die Schwerverwundeten komme. Die Dringlichkeit wird sofort ausgesprochen. Larochejacquelin: „Ich verlange das Wort.“ (Abstimmen! Abstimmen!) Larochejacquelin: Er sei für das Projekt, doch verlange er eine Erhöhung um 10,000 Fr. Es handle sich um 250 Dpfr, dazu reichten 150,000 Fr. nicht aus. Er habe übrigens ein noch dringenderes Motiv. Er verlange von der Versammlung eine feierliche Manifestation zur Unterstützung der Regierung gegen die Verleumdungen der Presse. (Lärm.) Wenn Niemand erschreckt, so sei er es. (Lärm.) Er sei überzeugt, keine Seite dieser Versammlung habe dazu Anlaß gegeben. Aber es müsse konstatiert werden, daß auch nicht Ein Mitglied der Versammlung nicht protestire. General Dubinot glaubt, man sollte den Kredit sofort votiren und sich um weitere Verleumdungen nicht bekümmern. Minister d'Hautpoul: Die Regierung habe sich nicht mit den Verleumdungen zu befassen, auf welche Larochejacquelin anspiele. Die Regierung kümmere sich nicht darum, nur habe sie gerichtliche Verfolgung eingeleitet gegen einen elenden Tollhäusler (Lärm), der den Präfekten von Ungers mit Roth beworfen habe. Diese Thatsache genüge ihr zur Unterdrückung wahnsinnigen Geschwäzes, das Niemand, am wenigsten die Kommission, berücksichtigen sollte. (Lärm.) Larochejacquelin verwahrt sich gegen die letzten Worte. Der 1ste Artikel wird angenommen. Larochejacquelin nimmt sein Amendement zurück. Bei der Gesamt-Abstimmung wird der Kredit von 657 Repräsentanten einstimmig bewilligt. Dampierre spricht hierauf über Gesüste und Nennen, namentlich, wie es damit in England gehalten werde. Charauey spricht für den Kommissions-Antrag. Die Sitzung wird aufgehoben.

Paris, 25. April. Der Cassationshof hat heute in einem Prozesse unter Berufung auf ein Gesetz von 1849 die Entscheidung gefällt, daß kein Ladenbesitzer ohne Patent als Buchhändler oder besondere polizeiliche Ermächtigung Journale auch nur im Innern seines Ladens verkaufen darf. Diese Entscheidung leistet natürlich den Maßregeln Carlier's bedeutenden Vorschub, über deren Zweckmäßigkeit jedoch selbst im Ministerium Verschiedenheit der Ansichten herrschen soll. Gewiß ist, daß sie den Erfolg Vealers sehr in Frage stellen. Der Verkauf des „Evenement“ wurde inzwischen gestern auf die gemeldete Weise und nur mit dem Unterschiede fortgesetzt, daß Girardin nicht persönlich verkaufte. Das Verbot des Straßenverkaufs der Oppositions-Journale scheint Verwaltungsnorm werden zu wollen, denn dasselbe ist auch auf die Departements ausgedehnt worden.

Ein belgisches Blatt, die Emancipation, äußert sich in Betracht der Wahl über Eugen Sue folgendermaßen:

„Eugen Sue hat sich von der gehässigen Anklage, monarchisch, konservativ und religiös zu sein, weiß gewaschen. Ertheilen wir ihm denn die Absolution nach Art der Kirchenväter des Socialismus. Halten wir ihn für vollständig bekehrt, was die Sache der Auflösung, d. h. was die Lehre davon anlangt. Allein seinen Handlungen müssen wir den Prozeß machen; der Schriftsteller ist freigesprochen, der Mensch muß gerichtet werden. Wenn jemals die Reformatoren von 1789, 1830 und 1848 einen hervortretenden Vorwand hatten, um umzustürzen, was aufrecht stand, so hat das moralische Uebel dieser drei Epochen seine Personification in der Individualität Eugen Sue's. Er ist der raffinierte und ausschweifende Lurus des Hofmanns, gegen den die erste Revolution ihren Haß wendete; er ist die privilegierte, exklusive, wucherische Existenz, welche die Revolution von 1830 zurückzuführen hindern wollte, er ist der personifizierte unerfättliche Durst nach materiellen Genüssen, welche die jetzigen Genossen der Theorie und Doktrine Eugen Sue's der letzten Regierung vorwerfen. Ein der Stellung angemessener Lurus, die Frucht eines ehrenhaft erworbenen Reichthums, ist das belebende Element aller großen Völker. Der maßlose Lurus, der das Vermögen zerstört, umgiebt die Wege der Civilisation mit Abgründen, in die sie zuletzt versinkt. Der Sturz der reichen Grundbesitzer zieht den der reichen Kaufleute nach sich, und dieser den der reichen Capitalisten, — so stürzt das Gesellschaftsgebäude übereinander. Die Leute nach Art des Erwählten (Eugen Sue) sind die Blutsauger der Arbeiterklassen gewesen, bevor sie die Opfer derselben wurden. Nicht von uns, die wir sie stets bezahlen, können die Arbeiter sagen, daß wir sie ausbeuten, wohl aber von solchen Leuten, deren vollendtester Typus Eugen Sue ist.“ Er ist der höchste Typus derselben, aber nicht der Anfangspunkt. — Ich habe gegen Emil Girardin keine übelwollende Gesinnung. Ich habe ihn großmüthig mit Leuten der Wissenschaft, ich habe ihn stets muthig und uneigennützig gesehen. Ehrgeiz ist nicht Habgier, das darf man nicht verwechseln. (Den günstigen Seiten dieses Urtheils über Girardin, wird doch anderweitig sehr und durch die Thatfachen am meisten widersprochen; wenigstens hat der Ehrgeiz die Mittel jeglicher Art nicht verschmäht.) Aber außerhalb seines politischen Lebens hat Emil Girardin ein ungeheueres Unrecht auf sich, dessen Folgen er nicht ganz vorausgesehen hat. Er hat in die Verhältnisse der Literaten einen Lurus ohne Grenzen eingeführt, der außer allem Verhältniß zur Stellung derselben liegt, Gewohnheiten der Ausgaben, welche Schriftsteller, Literatur und Sitten verderbt haben. Aus diesen schlechten Richtungen der Schriftsteller sind die schlechten Bücher hervorgegangen. Die zügellosen Sitten haben zügellose Grundsätze zum Vorwand bedurft, sie haben die flüchtige, leichtsinnige und unsittliche Romanliteratur erzeugt. Nicht die socialistischen Lehren Eugen Sue's haben das Glück seiner Romane gemacht, sondern die üppigen nervenspannenden Schilderungen in denselben, die ihre verderbliche Würze bilden. Ich bin nur das Echo der Anklage gegen die Literatur

\*) Verschiedene Zeitungen haben schon einige Züge über die Neigungen und Lebensweise Eugen Sue's angedeutet, der jetzt die socialistische Fahne aufsteckt. Seitdem sind von Augenzeugen, von Männern, die ihn genau persönlich kennen, und das vollste Vertrauen verdienen, die entschiedensten Bestätigungen dafür geworden. Ein orientalischer Lurus umgiebt ihn, die Klust zwischen ihm und seinen Dienern ist so weit als möglich. Obwohl unverheiratet, herrscht doch das äußerste Ceremoniel. Er empfängt z. B. keinen Brief, den ihm nicht der Diener auf silbernem Teller überreichen muß, und Aehnliches.

unserer Zeit. Sie ist aus einem ganz unverdächtigen Munde hervorgegangen, aus dem Frederic Soulié's, der sich in seiner letzten Stunde bitter anklagte, seine ausschweifenden Romane geschrieben zu haben. „Aus Grauen vor dem Elend.“ (Par horreur de la misère.) Soulié hat aber nur die halbe Wahrheit gesagt. Er schrieb seine unsittlichen Bücher nicht aus Grauen vor dem Elend, sondern aus Begier reich zu werden. So steigerte sich der Lurus der Literaten bis zu dem Standal des „Monte Christo!“ — Wer hat seit zwanzig Jahren die öffentlichen Sitten verderbt? Ist es das Königthum? Streng in seinen Sitten, war es nur prachtvoll in öffentlichen Denkmälern, die es überall aufgerichtet oder bergestellt hat, wie die großen Männer Griechenlands mäßig in ihrem Hause, verschwenderisch für die öffentlichen Feste waren. Wer hat die Sitten verderbt? fragen wir nochmals. Casimir Perrier, der Kaufmann ohne Vorwurf, der Sohn seines Gleichen? Der Herzog von Broglie, der ehrenhafteste Mann den es giebt? Herr Guizot, der Kunst und Wissen auch verehrte, aber ernst und mit weiser Handhabung? Das sind die Verderber der so viel angefeindeten Zeit. Und wer sind die Verderber? Die Richter, Präfecten, Bureauchefs? Wenn die Corruption irgend wo war, so war sie gewiß nicht dort. Denn in allen diesen Ständen herrscht die größte Strenge der Sitte, die Mäßigkeit der Einrichtungen und Gewohnheiten. — Die Entfittlichung der Literaten hat die nichtswürdigen vergifteten Bücher erzeugt, und aus diesem unreinen Element ist der Socialismus hervorgegangen. Die Emil Girardin, die Eugen Sue (und viele andere, die der Briesschreiber nicht nennt) haben damit angefangen, die Existenz der Reichen zu usurpiren, deren Güter die Adepten des Socialismus jetzt plündern wollen. Und kommt der Tag, wo Emil Girardin und Eugen Sue nichts haben als ihre Federn, so werden ihre undankbaren Schüler und Söhne sie damit belohnen, daß sie diese Federn erbittert zertreten, wenn sie nicht noch viel Schlimmeres an ihnen thun!

Paris, 24. April. Der Polizei-Präfekt Carlier fährt in seinen strengen Maßregeln fort; heute ließ er ein Verbot wegen Verkaufs von Kriegswaffen und Pulver anschlagen.

— Der im „Moniteur“ enthaltene Gesetz-Entwurf in Betreff der Staatsschulden war von großem Einfluß auf die heutige Börse. Die Course der verschiedenen Papiere waren sehr schwankend.

— Nach Berichten aus Rom vom 15. April, wurde dort eine Finanz-Commission ernannt, aus einem Präsidenten und vier Räten bestehend. (Köln. J.)

— Seit einiger Zeit war eine gemischte Kommission der preussischen, belgischen und französischen Regierung in Paris versammelt, um über Beförderung der internationalen Benutzung der Eisenbahn zu berathen. Es sollen Grundzüge einer Convention zur Erleichterung des Verkehrs von Land zu Land entworfen sein. Einstimmig sprach die Kommission den Wunsch aus, die Lücken der großen Bahnstrecke Paris-Brüssel, Köln, Hannover, Magdeburg, Berlin, welche sich nach Havre, Antwerpen und Stettin abzweigt, zu füllen.

— Lola Montez macht viel Aufsehen durch ihre prächtige, mit vier Schimmeln bespannte Equipage.

## Großbritannien.

London, 25. April. Der „Morning Herald“ will wissen, daß in voriger Woche ein Courier von Lord Palmerston nach Athen gesandt worden, welcher dem britischen Repräsentanten verböthliche Instructionen bringe, die wesentlich die drohende Lage der Dinge dort ändern dürften. Nur stehe zu befürchten, daß vor dessen Ankunft neue Zwangsmaßregeln schon Platz gegriffen.

## Rußland und Polen.

— Nach Mittheilungen aus Warschau erwartet man dort, daß der Kaiser bis Ende Oktober in der polnischen Hauptstadt, wo er bekanntlich binnen Kurzem eintreffen soll, verweilen wird. Demnächst wird derselbe sich zur Feier des 25ten Jahrestages seines Regierungsantritts nach Moskau begeben. Von einem nach Warschau zu berufenen Congreß wissen Warschauer Briefe nichts, obgleich dieselben aus Kresen kommen, welchen Absichten der Art, wie sie anders vorwalteten, nicht fremd geblieben sein würden. (C. B.)

— In den letzten 14 Tagen sollen in Warschau und an andern Orten des Königreichs Polen wieder gegen 100 Verhaftungen vorgenommen sein. Die meisten derselben sollen junge Leute betreffen, welche mit geheimen Gesellschaften in Rußland in Verbindung gestanden oder sich im Besitze sozialistischer Bücher befunden haben. Auch mehrere katholische Geistliche befinden sich unter den Verhafteten.

## Bermischte Nachrichten.

Berlin. Am 28. April ist der Prophet von Meyerbeer im Opernhause gegeben worden. Der St.-Anz. äußert sich darüber: Nachdem „der Prophet“ bereits die Runde durch fast alle größeren Städte Deutschlands und Europa's gemacht hat, ist das mit seltener Spannung erwartete Werk endlich am Sonntag auch bei uns in Scene gegangen, und zwar mit allem nur möglichen Glanz und einem Erfolge, wie er unter den obwaltenden Umständen vorausgesehen war. So weit sich nach dem ersten Eindrucke ein Urtheil geben läßt, haben Scribe und Meyerbeer darin ein Werk geliefert, dem Schöpfer der „Hugenotten“ durchaus würdig. Massalisch nicht die bekannten, genialen Höhenpunkte der letztgenannten Oper (im 2ten und 3ten Akte) erreichend, doch reich an geistreichen, feinen und scharfsinnig berechneten Effekten, überragt „der Prophet“ die „Hugenotten“ zwar nicht durch dramatischen Schwung und melodischen Reiz, jedenfalls aber durch scenische Ausschmückung und Mannigfaltigkeit der Situationen. Diese letztere Eigenschaft des Textbuches ist es besonders, wodurch der Komponist seine Hauptkraft zu entfalten Gelegenheit erhielt. Das Zarte wechselt mit dem Strengen, das Heitere mit dem Furchtbaren, das Naive mit dem Tragischen, Elemente, die sich durch Meyerbeer's anerkanntes musikalisches Darstellungsgeschick unter bewunderungswürdiger Verwendung aller Kunstmittel bis zum Schlusse der Oper zur glücklichsten Wirkung steigern.

Hierbei ein Provinzial-Anzeiger.

# Provinzial-Anzeiger.

Pränumerations-Preis für Nicht-Abonnenten der Zeitung pro Monat 1 1/2 Sgr.; frei in's Haus: 2 1/2 Sgr.

Inserionspreis 6 Pf. für die dreispalt. Petitzeile. Erscheint täglich, excl. der Sonn- und Festtage, Vormittags 11 Uhr.

## Beilage zur Königlich privilegirten Stettinischen Zeitung.

No. 99. Dienstag, den 30. April. 1850.

Inserionspreis 6. Pf. für die dreispalt. Petitzeile, größere Schriftsorten werden nach dem Raum berechnet.

### Einpaffirte Fremde.

Den 27. April.

Hotel de Russie. Dr. phil. Pitann aus Neustettin.  
Drei Kronen. Kaufleute Lewin aus Berlin, Althigener aus Magdeburg; Fabrikant Heyn aus Lüneburg, Poensgen aus Gemünd; Gutsbesitzer v. Albede a. Arnswalde, Rabenstein aus Alt-Kluden, v. Hertensfeld aus Liebenberg, Frodin aus Altfrelitz, Gutowski aus Posen; Ingenieur Engels aus Berlin.  
Hotel du Nord. Techniker Baumann aus Magdeburg; Dekorations-Maler Helms aus Schwerin; Gutsbesitzer v. Namin aus Namin; Kaufleute Breidenbach aus Bromberg, Sachs aus Tborn, Hammers aus Berlin; Gasthofbesitzer Eichmeyer aus Swinemünde; Prem.-Lieut. Lenz aus Carolinenhorst.

Den 28. April.

Hotel de Prusse. Stud. jur. v. Vorderfeld aus Osnabrück, Abegg, Müller aus Danzig; Solotänzerin Fräulein Grath, Öbring, Ambrogio aus Dresden; Appellations-Ver.-Rath Westfendorff, Präsident v. Dewiz aus Krumbeck; Kaufleute Pohl a. Stockholm, Gohl aus Berlin.  
Hotel de Russie. Mühlenbesitzer Wilm a. Stolp.  
Hotel du Nord. Partikular Wiekniński aus Posen; Kaufleute Meyers aus Birmingham, Janke a. Leipzig, Daus, Roventong aus Berlin, Müller a. Montjou, Pirch aus Gollub.  
Drei Kronen. Studenten C. und W. Winkelmann aus Pr. Minden; Kaufleute Hansemann aus Eupen, Karpfen aus Posen, Usher, Schmeling, Pöll aus Berlin, Heinemann aus Cottbus, Schneider a. Neustettin, Wendt aus Landsberg, Buchholz aus Liebenwalde, Müller aus Woldenberg.  
Hotel de Petersbourg. Gutsbesitzer Haase aus Dresden; Weinhändler Ner aus Berlin; Baumeister Alisch aus Stendal; Gutsbesitzer Baron v. Eöthen aus Mecklenburg.

Herr S. Trieß hat uns mit der uneigennützigsten Freundlichkeit die Einnahme seiner vier Erio-Sorteen zum Geschenk gemacht; 74 Ebr. 4 Sgr. 6 Pf. Wir danken ihm und allen geehrten Dilettanten, welche ihn gütig unterstützten, von ganzem Herzen. Die Segenswünsche der Armen werden mit ihnen sein.  
Stettin, den 25ten April 1850.  
Die Frauenvereine von St. Nicolai, Jacobi und Marien.

**Bekanntmachung.**  
24 Stück 38 bis 48 Fuß lange, gesunde, fehlerfreie kieferne Hölzer, 14 Zoll im □ stark, und  
4 Stück 20 Fuß lange, 9 und 12 Zoll starke desgl. sollen zur Ergänzung der Schiffshalter in der Ober bis spätestens zum 1sten Juni d. J. angeliefert werden. Versiegelte Anerbietungen mit Preisangabe für den laufenden Fuß Holz mit der Aufschrift „Holzlieferung“ wolle man bis zum 11ten Mai, Nachmittags 2 Uhr bei Unterzeichnetem, Breitestraße No. 376, abgeben, zu welcher Zeit sie werden eröffnet werden. Die genauere Länge der Hölzer wird dem Unternehmer später angezeigt, welcher auch die Kosten der Bekanntmachung und die Stempelgebühren zu tragen hat.  
Stettin, den 28ten April 1850.  
Der Wasser-Bau-Inspektor J. Gärtner.

**Bermischtes.**  
Cöblin. Der Zweigverein der pomm. ökonom. Ges. für die Kreise Fürstenthum und Belgard hat die ihm aus dem pomm. Meliorationsfond bewilligten 100 rthl. vorschriftsmäßig als Prämien für Ritterguts-Besitzer oder Pächter in den genannten Kreisen ausgesetzt und zwar 50 rthl. für den besten 5jährigen selbstgezogenen Ochsen, 25 rthl. für den besten selbstgezogenen Schafbock und 25 rthl. für das beste selbstg. Muttergeschaf. Concurrenten haben sich bis zum 8ten Mai beim Direktor des Zweigvereins (Zimmermann in Clapow bei Cörlin) zu melden. Die Preise werden im Mai zu Belgard ausgetheilt.

**Bekanntmachung.**  
Zur Erbauung eines neuen Klinker-Bootes für den hiesigen Loosten-Dienst von 25 1/2 Fuß oberer Länge, 7 1/2 Fuß Breite, 3 1/2 Fuß Höhe, von Eichenholz mit vollständiger Ausrüstung, werden Schiffs- und Bootsbauer aufgefördert, ihre schriftlichen Anerbietungen versiegelt mit der Aufschrift „Loosten-Boot“ bei dem Unterzeichneten bis spätestens Sonnabend den 11ten Mai 1850, Nachmittags 3 Uhr, abzugeben, zu welcher Zeit sie in Gegenwart derjenigen, welche zugegen sein wollen, werden eröffnet werden. Anschlag und Bedingungen sind bei Unterzeichnetem, Breitestraße No. 376, und auf dem Königl. Landraths-Amte hier selbst, Coustenstraße No. 739, einzusehen.  
Stettin, den 28ten April 1850.  
Der Wasser-Bau-Inspektor J. Gärtner.

**Gerichtliche Vorladungen.**  
**Proclama.**  
Es werden alle diejenigen, welche an das zum Nachlaß des verstorbenen Müllers Zerpenitz gehörig gewesene, an den Mühlenmeister Magdeburg in Loitz verkaufte, vor dem Rathshausen Thore am Postdörfel Wege bei Demmin belegene Ackerstück von 1 Morgen 22 1/2 □ Ruthen aus irgend einem Rechtsgrunde Forderungen und Ansprüche haben, hierdurch aufgefordert, solche in einem der drei Termine: den 17ten und 31ten Mai und den 14ten Juni d. J., Morgens 10 Uhr, gehörig anzumelden und zu beglaubigen, bei Strafe der im letzten Termine zu erlassenden Präklusion.  
Greifswald, den 22ten April 1850.  
Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.  
(L. S.) Dr. Tesmann.

**Auktionen.**  
**Bekanntmachung.**  
Am 1sten Mai c., Nachmittags 4 Uhr, sollen auf dem Rathsholzhofe von dem Abtrieb der Korbweiden im Möllen  
35 Schock 1/2-Ankerhöcke,  
7 „ 1/2-Tonnenhöcke und  
5 1/2 „ ganze Tonnenhöcke  
meistbietend verkauft werden.  
Stettin, den 25ten April 1850.  
Die Oekonomie-Deputation des Magistrats.

**Bekanntmachung.**  
Zur Versteigerung von 68 1/2 Klafter eichen Böttcherholz, 847 1/2 Klfr. eichen Kloben, 200 Klfr. eichen Knüppel, 438 1/2 Klfr. kiefern Kloben, 257 Klfr. kiefern Stubbenholz steht im Forstrevier Peesig am 10ten Mai c., Vormittags 10 Uhr, ein Termin auf der Peesiger Schneidemühle an, wozu Kaufstehhaber mit dem Bemerkten eingeladen werden, daß im Termin ein Viertel der Kaufsumme deponirt werden muß.  
Preis bei Schwedt, den 25ten April 1850.  
Der königliche Oberförster Langefeldt.

**Verkäufe unbeweglicher Sachen.**  
**Verkauf einer Maschinen-Papier-Fabrik.**  
Wir sind gesonnen, unsere im Bezirk des Domainen-

Amts Himmelstätt bei Landsberg a. B.-Kreises in der Neumarkt belegene Besitzung Marienspring, deren Hauptbestandtheil in einer im ausgedehnten Betriebe befindlichen Maschinen-Papier-Fabrik besteht, aus freier Hand zu verkaufen. Kaufsüchtige können zu jeder Zeit die Bedingungen von uns mündlich oder schriftlich erfahren, auch das zu verkaufende Grundstück in Augenschein nehmen.  
Marienspring bei Landsberg a. B., den 27. April 1850.  
Die Geschwister Raetsch.

Veränderungshalber bin ich willens, mein in der großen Wollweberstraße unter No. 222 belegenes Haus nebst Futterbude, sowie sämtliche dazu gehörige Wiesen nebst todtem und lebendem Inventario aus freier Hand zu verkaufen. Kaufsüchtige können das Nähere in frankirten Briefen oder in Person erfahren.  
Garz a. d. D., den 25ten April 1850.  
E. v. e.

**Verpachtungen.**  
**Wiesen-Verpachtung.**  
Der diesjährige Abschnitt von den Kämmerer-Wiesen:  
1) im Bodenberger Revier:  
No. 124 von 5 Morg. 124 MR. an der Bogenbank erster Schlag,  
No. 108 von 5 Morg. 53 MR., ehemals zum Hause No. 182 gehörig, im zweiten Schlage von der Ober, Bolltungen gegenüber,  
No. 175 von 7 Morg. 8 MR., zu Friedrichs-Gnade gehörig, im vierten Schlage;  
2) im Möllen:  
No. 18 von 3 Morg. 116 MR. am Michelmannsgraben, letzter Pächter Seefeld zu Friedensburg,  
No. 26 von 5 Morg. 29 MR., hat 1849 Baumkirch in Pacht gehabt,  
No. 72 von 5 Morg. 43 MR. liegen am zweiten Graben vom Parnisthor und  
- 73 - 5 - 43 - Jam Parnisthor.  
- 15 - 6 - 114 - links des Möllendammes, wo die Korbweidenpflanzung endet, soll am 10ten Mai, Vormittags um 10 Uhr, hier im Rathssaale meistbietend verpachtet werden.  
Stettin, den 29ten April 1850.  
Die Oekonomie-Deputation des Magistrats.

Mit Bezug auf meine Annonce vom 19ten d. werde ich jetzt die Klage gegen den Herrn Gustav Gollnisch einleiten, welcher sich in den öffentlichen Blättern als den Verfasser des gegen mich gerichteten Artikels in No. 90 der priv. Stettinischen Zeitung nennt.  
Eine Erklärung zu geben auf den Inhalt solcher und ähnlicher Artikel, wie der des Herrn Gollnisch war, halte ich unter meiner Würde, wohl aber stehe ich allen meinen achtbaren Mitbürgern gern Rede, die nicht auf einseitige Darstellungen Urtheile zu fällen wünschen, und halte, wie schon in meiner Erklärung vom 17ten d. angedeutet, eine Zusammenstellung aller Thatfachen in der angeregten Angelegenheit mit den nöthigen Belägen zu deren Einsicht bereit.  
Stettin, den 27ten April 1850.  
Gustav Wellmann.

Cörlitz, 24. April. Gestern Nachmittag verunglückte der Schlossermeister Pinger, indem er eine scheinbar leere Granate, welche auf einem Cörlitzer Felde aufgefunden, unter altes Eisen gekommen war, für eine Maschine bearbeiten wollte. Da ihn die hohle Kugel sehr voll Staubdünte, fuhr er mit einer glühenden Eisenstange hinein, um solche zu reinigen; die Granate explodirte, zerschmetterte mit furchtbarem Krachen sämtliche Fenster der Werkstatt, wodurch glücklicherweise noch die Folgen für das ganze Hinterhaus abgewendet wurden, welches, wenn die Fenster nicht sprangen, unfehlbar zusammengestürzt wäre. Dem Unglücklichen selbst wurde ein Stück Fleisch aus der Brust gerissen durch awrallendes Eisen, auch eines Auges wurde er beraubt, und hat er noch mehrere schwere Con-

